



HESSISCHER LANDTAG

31. 01. 2013

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP

**betreffend Universitätsklinikum Gießen-Marburg: Vereinbarung mit
der Rhön-Klinikum AG ist wichtiges Gesamtpaket zur Sicherung
des Medizinstandortes Mittelhessen**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag begrüßt, dass es nach intensiven Verhandlungen und in engem Schulterschluss aller Beteiligten gelungen ist, eine gute und verlässliche Grundlage für die weitere Entwicklung des Universitätsklinikums Gießen-Marburg (UKGM) zu schaffen. Mit der "Vereinbarung über die medizinische Versorgung Mittelhessens, die Sicherstellung von Forschung und Lehre an den Universitätskliniken Gießen und Marburg und die Verbesserung der Arbeitsplatzsicherheit" werden die beiden Standorte Gießen und Marburg sowie die Qualität der medizinischen Versorgung in Mittelhessen langfristig abgesichert. Gleichzeitig wird den Beschäftigten und ihren Familien in der Region eine tragfähige Zukunftsperspektive eröffnet.
2. Vor allem die Vereinbarung eines Stellenmatoriums und die Bereitschaft, über einen Zukunftssicherungstarifvertrag zu verhandeln, bewertet der Landtag als eine gute Lösung im Sinne der Mitarbeiter in Gießen und Marburg. Dazu gehört auch die Übereinkunft darüber, wie den Beschäftigten, die zum Ende des Jahres 2012 in den Landesdienst zurückgekehrt sind, durch das Engagement des Landes eine langfristige Perspektive in Mittelhessen eröffnet werden kann. Hierbei ist zu begrüßen, dass die Arbeitnehmer, die zum 31. Dezember 2012 ihr Rückkehrrecht ausgeübt haben, aber noch nicht in den Landesdienst zurückgenommen wurden, ein Weihnachtsgeld erhalten.
3. Im Sinne der Sicherung des Medizin- und Forschungsstandortes wird das Land künftig Fördermittel in Höhe von 13 Mio. € bereitstellen, um konkrete Investitionsvorhaben in Gießen und Marburg zu unterstützen und damit die bauliche und medizinische Fortentwicklung zu beschleunigen. In ähnlicher Weise unterstützt das Land auch den Klinikstandort Frankfurt am Main.
4. Zur Erweiterung seiner Mitwirkungsrechte erhält das Land zwei Sitze im Aufsichtsrat sowie die Hälfte der Sitze in einem neu gegründeten Beirat. Zudem wird ein neutraler Ombudsmann bestellt, der über wichtige Maßnahmen der Geschäftsführung unterrichtet wird und Anregungen und Beschwerden entgegennimmt.
5. Der Landtag begrüßt in diesem Zusammenhang, dass das Land die Forschung und Ausbildung an beiden Standorten langfristig sichert und den Erhalt beider medizinischer Fachbereiche aufgrund der Doppelstruktur dauerhaft mit 3 Mio. € im Jahr unterstützt.
6. Der Landtag hält an dem Ziel einer klinischen Behandlung von Patientinnen und Patienten mit der Partikeltherapie fest. Dies hat Vorrang gegenüber der Forderung nach Rückzahlung der Investitionssumme. Aus diesem Grunde wird begrüßt, dass die Rhön-Klinikum AG einem Zeitplan zugestimmt hat, spätestens am 31. Dezember 2013 mit der ersten Patientenbehandlung in dem bis dahin eingerichteten Partikel-

therapiezentrum zu beginnen. Der Landtag unterstützt in diesem Zusammenhang die Forderung der Landesregierung, dass die Rhön-Klinikum AG ihrer 2006 eingegangenen Verpflichtung nachkommen muss, im Interesse der betroffenen Patienten in Marburg ein solches Partikeltherapiezentrum langfristig selbst oder durch einen Dritten zu betreiben.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 31. Januar 2013

Für die Fraktion der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Dr. Wagner (Lahntal)

Für die Fraktion der FDP
Der Parl. Geschäftsführer:
Dr. Blechschmidt